

Naturwissenschaft und Politik heute

Naturwissenschaft in Deutschland ist heute nicht mehr das, was es bis vor einigen Jahrzehnten gewesen ist. Ihre Aufgabe und ihr Streben war die Erforschung des Naturgeschehens durch Beobachtung und Experiment, um daraus Naturgesetze zu finden, welche die beobachteten Tatsachen und Phänomene erklären und vorhersehbar machen in völliger Unabhängigkeit von Politik, Religion, persönlichen Vorlieben und anderen Sonderinteressen.

Am Beispiel der derzeitigen Energie- und Klimaforschung sieht man deutlich, wo die deutsche Wissenschaft heute angelangt ist und was Politik und Finanzsystem von ihr erwarten: nämlich Unterstützung von politischen und ideologischen Behauptungen und Aussagen, auch wenn diese den Naturgesetzen widersprechen.

Ziel der westlichen Wertegemeinschaft ist es seit Jahrzehnten, eine neue Weltordnung zu schaffen, die durch eine zentrale Weltregierung gelenkt wird. Dies setzt voraus, daß die noch bestehenden Nationalstaaten aufgelöst werden. Denn souveräne Staaten mit einer starken und leistungsfähigen Industrie könnten sich gegen ihre Auflösung wehren. Um diesen Widerstand zu verhindern, muß man also die Industrie dieser Staaten vernichten. Eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren der Industrie ist eine sichere und kostengünstige Energieversorgung. Bei der Energieversorgung durch fossile Energieträger (Kohle, Erdgas, Erdöl) wird durch die Verbrennung der Energieträger viel Kohlendioxid (CO₂) frei. Eine Unterorganisation der von den USA beherrschten UNO, nämlich das IPCC, hat darum in den 1990er Jahren beschlossen, daß steigender Kohlendioxid-Anteil in der Erdatmosphäre zu steigender Erdtemperatur führen wird mit katastrophalen Folgen für das Klima. Also muß die Industrie abgeschafft oder dürfen nur solche Energieträger eingesetzt werden, die bei ihrer Anwendung kein CO₂ freisetzen,

Nun zeigt aber die Physik, daß das IPCC sich geirrt hat und daß CO₂ das Klima nur minimal beeinflussen kann, daß aber das Wasser in den Wolken, die aus kleinen Wassertropfchen bestehen, in der Lage ist, die Erdtemperatur zu beeinflussen. Allerdings kann man die Industrie nicht für die Wolken verantwortlich machen. Das ist zwar peinlich für die UNO, aber da die von mächtigen Finanzgruppen gelenkte Politik immer recht hat, hat die Politik folgende Lösung des CO₂-Problems gefunden: sie bittet nur Wissenschaftler, die die Thesen der Politik aus Karrieregründen unterstützen, um die Bestätigung der Klimaschädlichkeit des CO₂. Wer das nicht bestätigt und wissenschaftliches Ethos über Ideologie stellt, wird ausgegrenzt, seine Äußerungen werden in den Leitmedien und Fachzeitschriften nicht veröffentlicht, seine Karriere im Staatsdienst oder in der Industrie bekommt einen Knick. Deswegen gibt es die vielen sinnlosen und teuren Maßnahmen gegen die CO₂-Freisetzung, da die Wissenschaft ihre Anwendung befürwortet.

Bei der Einführung der erneuerbaren Energien ist man ähnlich vorgegangen. Zwar hat seit Jahrzehnten die konservative Wissenschaft und Technik darauf hingewiesen, daß Solar- und Windkraftwerke für ein Industrieland nutzlos und sogar schädlich sind, wenn die durch sie erzeugte elektrische Energie nicht gespeichert werden kann. Denn die Industrie braucht auch dann Energie, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Die Politik meinte aus unerfindlichen Gründen, ohne die Speicherung auskommen zu können. Die Energiewende wurde mit einer unausgereiften Technik durchgesetzt, was zu katastrophalen Folgen für die deutsche Industrie führen wird. Die Politik hat nun wohldotierte und ihr

ergebene Institute gründen lassen, welche die Speicherung der erneuerbaren Energien für überflüssig und zu teuer halten sollen. Auch in den Leitmedien wird nicht über die notwendige Speicherung berichtet.

Ähnliches widerfuhr der Kernenergie in Deutschland. In den 1970er und 1980er Jahren wurde in Deutschland der Hochtemperaturreaktor entwickelt, der elektrischen Strom und Prozeßwärme (ca. 1000°C) erzeugt, der absolut sicher im Betriebsverhalten ist, der die Energieversorgung Deutschlands für Jahrhunderte gesichert hätte, bei dem die Endlagerung der Zerfallsprodukte geklärt war. Die Entwicklung dieses Reaktors wurde 1989 aus politischen Gründen abgebrochen, zum Schaden für ein souveränes Deutschland.

Inzwischen hat sich die Wissenschaft in Deutschland und die Politik, welche die Forschungsgelder verteilt, auf folgenden modus vivendi geeinigt: die Wissenschaft erhält die Forschungsgelder für Projekte, die der Politik genehm sind: z.B. unrealistische Computersimulationen zur Klimaentwicklung, Warnungen vor Abschmelzen von Gletschern und Polareis, Steigen des Meeresspiegels, Vorschläge für riesige Pumpspeicherwerke und Hochspannungsleitungen zur Rettung der verunglückten Energiewende usw. Auf diese Weise entwickelt sich im Laufe der Zeit der moderne Typus des angepaßten Wissenschaftlers, der engere Beziehungen zur Politik als zum ehemaligen Wissenschaftsethos hat. Die leitenden Positionen der deutschen Wissenschaft und Technik sind inzwischen zum großen Teil von solchen Wissenschaftlern besetzt, nicht nur in der Energietechnik und Klimawissenschaft. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Naturwissenschaft die Grundlagen für den Wohlstand in Deutschland schaffte.